

Grünliberale Partei Kanton Bern

Vernehmlassungsantwort

Thema Bericht betreffend die Erfolgskontrolle des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG)

Für Rückfragen Tobias Vögeli (Grossrat), Tel. 078 743 53 99

Absender Grünliberale Partei Kanton Bern, Postfach 2436, 3011 Bern
E-Mail: be@grunliberale.ch, www.be.grunliberale.ch

Datum 27.11.2023

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Einladung zu obgenanntem Vernehmlassungsverfahren danken wir und nehmen wie folgt Stellung:

Die Grünliberalen begrüssen die regelmässige Erfolgskontrolle des FILAG und stehen hinter dem solidarischen Ausgleich. Wir teilen die Einschätzung des Regierungsrates, dass sich das FILAG grundsätzlich bewährt hat – können der «Genugtuung» der Regierung jedoch dennoch nicht folgen.

Das positive Fazit der vorliegenden Analyse stützt sich primär auf die Zufriedenheit und die Akzeptanz des Systems bei den Gemeinden. Obgleich diese Punkte entscheidend sind, sollte nach Ansicht der Grünliberalen die Kontrolle den Fokus stärker auf die Überprüfung der verfolgten Ziele und mögliche (unerwünschte) Nebeneffekte richten.

Der aktuelle FILAG wirkt insbesondere durch den relativ hohen harmonisierten Steuerindex (HEI) von 86 strukturerhaltend und damit fusionshemmend. Insgesamt muss nach Ansicht der Grünliberalen in der künftigen Überprüfung auch mitberücksichtigt werden, inwiefern der FILAG strukturschwache Gemeinden am Leben hält und die Besiedelung von strukturell ungünstigen Räumen trotz der schlechten Voraussetzungen begünstigt.

Zudem muss der Zentrumslastenausgleich grundsätzlich überprüft werden. Im Unterschied zu anderen Bestandteilen des FILAG wird der Zentrumslastenausgleich per Gesetz auf einen kleinen Kreis von explizit genannten Gemeinden eingeschränkt (Art. 13 FILAG). Dies birgt die Gefahr von Ungleichbehandlungen. Ausserdem gilt es regelmässig zu überprüfen, welche Sachverhalte und daraus abgeleitete Kennzahlen beim Zentrumslastenausgleich berücksichtigt werden und welche nicht. Ein neuerer Sachverhalt, der ins Gewicht fallen könnte, sind die von Kanton und Bund betriebenen Strategien, ihre Arbeitsplätze aus den Zentren in die Agglomeration zu verschieben. Diese Strategien haben sowohl für die Zentren wie auch für die betroffenen Agglomerationsgemeinden finanzielle Folgen.

Für die Berücksichtigung unserer Eingaben danken wir herzlich.

Freundliche Grüsse

Tobias Vögeli
Grossrat

Casimir von Arx
Präsident Grünliberale Kanton Bern

